

INHALT

1. CDU-Fraktion fordert mehr Unterstützung für Justizbedienstete
2. Koch: „Ausgaben steigen wieder mehr als Einnahmen“
3. CDU macht weiter Druck beim Mindestlohn
4. Finanzministerin rechnet mit Gebührenerhöhung für Leistungen, die der Innenminister abschaffen will

06.02.2015

CDU-Fraktion fordert mehr Unterstützung für Justizbedienstete Ministerpräsident Albig sieht keinen Anlass, sich zu kümmern



Barbara Ostmeier, justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Auch in dieser Woche befasste sich der Innen- und Rechtsausschuss erneut mit der Geiselnahme an der JVA-Lauerhof. Sechs Wochen nach den Vorfällen hat Justizministerin Spoorendonk immerhin einen kommissarischen Leiter ernannt.

Die CDU-Fraktion stellte unterdessen einen Antrag, der zu mehr Unterstützung für Justizbeamte – insbesondere Selbstverteidigungsschulungen und professionelle Betreuung nach Übergriffen – führen soll. Anlass dafür war neben der Geiselnahme die Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage (Link siehe unten), die CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier unmittelbar nach dem Vorfall gestellt hatte.

„Um es ganz deutlich zu sagen: Auch ein liberaler Strafvollzug muss dafür sorgen, dass innerhalb der Haftmauern keine Straftaten begangen bzw. diese konsequent verfolgt werden. Das Land darf die Mitarbeiter weder unvorbereitet in derart kritische Extremsituationen schicken, noch sie nach einem solchen Vorfall mit den Folgen allein lassen, wie es derzeit der

Fall ist. Mit unserem Antrag fordern wir die Justizministerin auf, endlich zu handeln. Im Gegensatz zum Ministerpräsidenten halte ich das durchaus für zeitkritisch. Denn ein Vorfall wie Heiligabend kann sich jederzeit wiederholen“, begründete Ostmeier ihren Antrag.

Mit ihrer Aussage spielte sie auf eine Aussage des Ministerpräsidenten in der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses an. Dieser hatte erklärt, von dem Vorfall am 27. Dezember aus der Zeitung erfahren zu haben. Am 09. Januar sei er dann erstmals direkt per E-mail informiert worden. Dies bezeichnete Albig als ausreichend, da die „versuchte Geiselnahme“ innerhalb kürzester Zeit beendet worden sei. Danach habe man sich mit der Analyse des Vorgangs und der Entscheidung über „mögliche notwendige Prozessoptimierungen“ die nötige Zeit nehmen können. Nichts sei zeitkritisch gewesen. Ministerin Spoorendonk habe kompetent und angemessen gehandelt und sich vorbildlich verhalten. Er selbst habe nicht früher informiert werden müssen. Laut Landesverfassung müsse er sich auch nicht um jedes Straßenschild kümmern.

„Niemand erwartet von einem Ministerpräsidenten, dass er sich um alle Details kümmert. Seine politische Gesamtverantwortung setzt jedoch voraus, dass er sich ausreichend informieren lässt. Sonst kann er nicht dafür sorgen, dass die Regierung ihre Arbeit ordentlich macht. Albigs gesamter Auftritt hat gezeigt, dass ihm all das gleichgültig ist“, kommentierte CDU-Fraktionschef Daniel Günther den Auftritt des Ministerpräsidenten.

Antrag der CDU-Landtagsfraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2600/drucksache-18-2691.pdf>

Kleine Anfrage von Barbara Ostmeier:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2600/drucksache-18-2646.pdf>

Koch: „Ausgaben steigen wieder mehr als Einnahmen“ SPD, Grüne und SSW führen das Land zurück in tiefrote Zahlen



Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch

In dieser Woche stellte Finanzministerin Monika Heinold ihren Jahresabschluss für 2014 vor. Einmal mehr wurde deutlich, dass die Ausgabenwünsche von SPD, Grünen und SSW ohne Gegenfinanzierung bewilligt wurden. „Seit 2012 steigen die Ausgaben wieder mehr als die Einnahmen“, kommentierte CDU-Finanzexperte Tobias Koch.

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen, Millionenzuschüssen aus dem Zensus, sowie Niedrigzinsen und Bafög-Mitteln, musste Finanzministerin Monika Heinold deshalb 212

Millionen Euro zusätzliche Schulden aufnehmen.

„Die Steuereinnahmen lagen 2014 nach wie vor fast 100 Millionen Euro oberhalb des langfristig geplanten Trendsteuerpfades. Die Regierung macht es sich deshalb viel zu einfach, wenn sie das schlechte Jahresergebnis auf zu geringe Steuereinnahmen schiebt“, kritisierte Koch die von Heinold gelieferte Begründung.

Der Finanzexperte ahnt für die kommenden Jahre Schlimmes: „Angesichts des Wahltermins 2017 wird es immer unwahrscheinlicher, dass die Koalition sich noch auf Kostensenkung verständigt.“ Fast täglich erlebe er, wie sich Landesregierung und Regierungsfractionen abwechselnd mit dem Versprechen zusätzlicher Ausgaben oder der Rücknahme von Kürzungsvorschlägen profilieren wollten. „Ein echter Wille zur Sanierung des Landeshaushaltes ist nicht zu erkennen“, sagte Koch.

CDU macht weiter Druck beim Mindestlohn **Wirtschaftsminister Meyer will Landesmindestlohn „einfädeln“**



CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen

Seit der Einigung auf einen bundesweiten Mindestlohn hat die CDU-Landtagsfraktion immer wieder die Abschaffung der Landesregelung gefordert. In dieser Woche hat das Kabinett auf Antrag von Wirtschaftsminister Meyer zumindest beschlossen, den Landesmindestlohn zunächst bei 9,18 Euro zu belassen und ihn schrittweise in die Höhe der Bundesregelung „einzufädeln“. Hintergrund: Die Höhe des Mindestlohns auf Bundesebene (derzeit 8,50 Euro) wird erstmals zum Januar 2017 angepasst. „Eine Erhöhung des Landesmindestlohns zum jetzigen Zeitpunkt würde dazu führen, dass sich Schleswig-Holstein noch weiter von den Mindestlöhnen der übrigen Länder sowie dem Bundesmindestlohn entfernen würde“, begründete Meyer die Entscheidung des Kabinetts.

Bereits zum 01. Januar 2016 könnte jedoch genau das passieren. Denn SPD-Landes- und Fraktionschef Stegner stellte in einer Pressemitteilung klar: „Es steht außer Zweifel, dass nach den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst und der Überprüfung der Konnexitätswirkungen im kommunalen Bereich noch in diesem Jahr eine erste Anpassung des vergaberechtlichen Landesmindestlohns vereinbart wird.“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, bezeichnete den Kabinettsbeschluss für eine „Einfädelerung“ des Landesmindestlohns vor diesem Hintergrund als ersten Schritt: „Ein sofortiges Ende der

Millionenkosten verursachenden unnötigen Doppelregelung aus Landesmindestlohn und Tarifreuegesetz wäre besser für Wirtschaft, Vereine, Verbände und Verwaltung. Die vom Kabinett geplante Abschaffung des Landesmindestlohns auf Raten ist deshalb nur ein erster Schritt. Minister Meyer muss dafür sorgen, dass diese unsinnigen und bürokratieträchtigen Doppelregelungen weg kommen“, forderte Callsen in Kiel.

Die CDU-Fraktion stellte in dieser Woche einen Antrag mit dem Ziel, bürokratische Belastungen beim Mindestlohn für Mittelstand, Vereine und Verbände abzubauen.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2600/drucksache-18-2695.pd>

Finanzministerin rechnet mit Gebührenerhöhung für Leistungen, die der Innenminister abschaffen will CDU kritisiert „Flickschusterei“ in der Meldung an den Stabilitätsrat

In dieser Woche hat Finanzministerin Monika Heinold dem Stabilitätsrat „Ersatzmaßnahmen“ in Höhe von zehn Millionen Euro gemeldet (Link siehe unten) Dies war nötig geworden, nachdem die Regierungsfractionen Heinold aufgefordert hatten, ihre seit mehr als zwei Jahren vorbereiteten Einsparungen nicht umzusetzen.

CDU-Finanzexperte Tobias Koch kritisierte Heinolds Meldung als „bereits überholte Flickschusterei“. Denn neben Einsparungen am UKSH, geht diese auch von Einsparungen aus, die durch eine neue Datenverarbeitung (KoPers) erzielt werden sollen.

Das – ohne Frage notwendige – Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Keim-Krise führe jedoch selbstverständlich dazu, dass die an den Stabilitätsrat gemeldeten Einsparungen am UKSH nicht erzielt werden könnten, betonte der Abgeordnete.

„Sowohl Ministerin Alheit, als auch SPD-Fraktionschef Stegner haben bereits deutlich gemacht, dass sie gegen diese Einsparungen ihr Veto einlegen“, erläuterte Koch.

Auch die dem Stabilitätsrat durch die Einführung von KoPers angekündigten Einsparungen seien eine glatte Falschmeldung. Laut einer zwischenzeitlich vorgelegten Wirtschaftlichkeitsberechnung der Landesregierung (Umdruck 18/3868) wären dafür bis 2028 Verluste in zweistelliger Millionenhöhe anzusetzen.

Pikant ist noch ein weiteres Detail der Meldung: So will Heinold unter anderem durch die Anhebung der Gebühren für die Polizeibegleitung von Schwertransporten eine dauerhafte Einnahmeverbesserung erreichen. Erst im Oktober letzten Jahres hatte Innenminister Stefan Studt sich allerdings dafür stark gemacht, genau diese zu privatisieren.

„Die Finanzministerin rechnet dauerhaft mit höheren Gebühren für Leistungen, die der Innenminister abschaffen will. Das sagt viel über die Abstimmung in dieser Landesregierung aus.“

Pressemitteilung Finanzministerium:

http://www.schleswig-holstein.de/FM/DE/Service/Presse/PI/2015/150204_liste_stabilitaetsrat.html

Berichterstattung Schwertransporte Oktober 2014

<http://www.kn-online.de/Schleswig-Holstein/Aus-dem-Land/Schwertransport-belastet-Polizei-in-Schleswig-Holstein>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de